

vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., jährlich 4,80 M. ...

Verlagstag 1877.



Die 14tägige Beilage ...

Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 65 Druck und Verlag in Altensteig. Donnerstag, den 18. März. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Sie müssen wissen

was in der Welt vorgeht. Bestellen Sie deshalb sofort unsere täglich erscheinende Zeitung 'Aus den Tannen'...

Zusammenbruch des Berliner Putschs.

BBZ. Berlin, 17. März. Aus der Reichskanzlei erhalten wir folgende amtliche Meldung: Nachdem die Regierung Bauer sich entschlossen hat, die wesentlichen politischen Forderungen, deren Ablehnung am 13. März 1920 zur Einsetzung der Regierung Kapp führte...

Zu dem wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Selbst beim Zusammenbruch seines schmählichen Abenteuers versucht Herr Kapp die Öffentlichkeit mit Unwahrheiten irren zu führen. Jetzt, wo er gezwungen ist, bedingungslos abzutreten, möchte er den Eindruck erwecken, als hätte die Reichsregierung seine 'Bedingungen' angenommen...

BBZ. Berlin, 17. März. Amtlich. Generallandstabsdirektor Kapp ist, um den inneren Frieden herbeizuführen, zurückgetreten. Aus dem gleichen Grunde hat General v. Bötticher seinen Abschied eingereicht...

Generalstreik.

Die Streikleitung macht bekannt, daß der Generalstreik am Mittwochabend sein Ende erreicht und daß die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen sei. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft müsse jedoch in voller Bereitschaft verharren...

Die Landesvereinigung der christlichen Gewerkschaften in Württemberg und Hohenzollern nimmt in einer Entschließung Stellung gegen den Berliner Putsch und erklärt, daß bei der Einigkeit des württembergischen Volks der Generalstreik nicht als richtiges Mittel gegen die Berliner Putschisten anzusehen sei...

General Märker nicht abgesetzt.

BBZ. Stuttgart, 17. März. Die Nachricht, daß der Reichspräsident und der Reichswehrminister die Absetzung des Generals Märker verfügt hätten, trifft nicht zu. General Märker ist nach wie vor Kommandeur des Wehrkreiskommandos IV. Dresden. Der sächsische Landeskommandant Generalmajor Märker ist lediglich mit der Führung der im Freistaat Sachsen befindlichen Reichswehrruppen beauftragt.

Auch die Meldung, daß die Kommunisten in Berlin Kapp ein Ultimatum gestellt hätten, ist unzutreffend.

Reichsminister Koch über die Lage.

Stuttgart, 17. März.

In einer Presskonferenz gab heute Reichsminister des Innern Dr. Koch eine Darstellung der politischen, und Major von Gilsa vom Reichswehrministerium einen Überblick über die militärische Lage. Reichsminister Koch führte im wesentlichen aus: Der ganze Westen und Süden des Reichs steht hinter der Reichsregierung, aber auch in Magdeburg und Hannover und an anderen Orten machen die militärischen Befehlshaber den Abfall nicht mit. Überall, wo Reichswehr sich aufreißerisch erwiesen hat, ist sie von der Arbeiterschaft und den Vorkämpfern niedergeschlagen und erzwungen worden. Im Osten ist die Lage noch unübersichtlich, in Schlesien war der Aufstand wohl organisiert. Bei dieser Sachlage sieht die Regierung Kapp nun ein, daß ihr Ziel verloren ist. Seit einigen Tagen hat sie zu verhandeln gesucht. Solche Verhandlungen sind von der Reichsregierung entschieden abgelehnt worden. Gerüchte, daß General Märker im Auftrag der Regierung verhandelt habe, sind erlogen. Es ist aus unparteiischen Gerechtigkeitsgründen unmöglich, mit Leuten von rechts zu verhandeln, weil die Regierung seit Monaten gegen die Vorkämpfer gekämpft hat. Die aufreißerischen Elemente in der Reichswehr kann die Regierung nicht brauchen. Es muß scharf vorgegangen werden. Bei der Kabinettsitzung am Dienstag hat die Reichsregierung den Eindruck gewonnen, daß Süddeutschland einschließlich Hessen ein Verhandeln mit Kapp nicht dulden würde; es würde eine Vertiefung der Rainslinie bedeuten. Auch die Rücksicht auf die besetzten Gebiete verbietet Unterhandlungen mit Kapp. Zudem gestaltet die auswärtige Lage keinerlei Verhandlungen, denn es würde uns niemals geglaubt werden, daß die Volksherrschaft aufgerichtet werden soll. Den Aufreißern werden Bedingungen zur restlosen Annahme gestellt. Auf politischem Gebiet werden keinerlei Zugeständnisse gemacht. Aber alle Erwidrungen und Beschlüsse der Reichsregierung bedürfen einer nochmaligen Nachprüfung, weil eine neue veränderte politische Lage entstanden ist. Die Klärung der Berliner Lage und eine völlige Unterwerfung Kapps steht bevor.

Major von Gilsa führte aus: In der sog. neuen Regierung stehen die Truppen am Berlin, im Osten, in Schlesien und Mecklenburg. In Berlin verfügt Kapp schätzungsweise über 15-20.000 Mann. Der Eisenbahnerstreik sorgt dort dafür, daß die Truppen nicht an anderen Orten verwendet werden können. Die Stimmung bei Unteroffizieren und im Offizierskorps ist für Kapp nicht günstig. Bis zum 10. April wollte die Reichsregierung auf Grund des Friedensvertrags auf Grund des Friedensvertrags 60.000 Mann der Reichswehr entlassen. Kapp hat diese Entlassung abgelehnt, ja sogar neue Formationen aufgestellt, wie die eiserne Division und Offizier-Kompagnien. Das muß zu einem Zusammenstoß mit der Entente führen. In Berlin droht ein Kommunistaufstand höchsten Stils. Da in Berlin jedoch eine scharfe Zensur gelbt wird, so erscheint es wahrscheinlich, daß durch diese Nachricht ein Druck auf das Reichskabinet ausgeübt werden soll. Wenn die Kapp-Regierung sich restlos übergibt, dann wird der bewaffnete Widerstand der Arbeiterschaft zurückgehen. Die Nachricht von einem Ultimatum, das die Unabhängigen am Dienstagabend gestellt haben sollen, ist unrichtig.

Von der Nationalversammlung.

Stuttgart, 17. März. (Von der Nationalversammlung.) Die Vorbereitungen zur Tagung der Nationalversammlung am Donnerstag nachmittag 4 Uhr im Kunstgebäude sind im vollen Gange. Am Mittwoch nachmittag 4 Uhr trat der Ältestenausschuß und die Fraktionen zu Sitzungen zusammen. Der Schloßplatz und die Anlagen sind mit Stacheldraht abgesperrt, ein größeres Aufgebot von Polizeiwachmannschaften und Schutzleuten stehen in Bereitschaft. Große Menschenansammlungen und Demonstrationen sind verboten. Die badi-sche Regierung hat 50 Gendarmen entsandt.

BBZ. Stuttgart, 17. März. Die U. S. P. verlangt in verschiedenen Entschlüssen die Entwaffnung der Reichswehr und der Einwohnerwehr und die Bewaffnung der Arbeiter. In einer Aenderungs dieser Wehren und zu einer einseitigen Bewaffnung der Arbeiter, die, soweit sie der U. S. P. und der kommunistischen Partei angehören, die Demokratie besitzigen und die Militärdiktatur einführen wollen, kann die Wehrern die Hand nicht bieten.

Aufruf der Regierung.

BBZ. Stuttgart, 17. März. Kapp und Böttich sind zurückgetreten. Das verbrecherische Abenteuer in Berlin ist beendet. Vor der ganzen Welt ist im Kampf der letzten Tage der unwiderrlegliche Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik kein Tauschgeschäft ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Versuch der Militärdiktatur im Hauswunder fertig zu werden vermag. Das Abenteuer ist zu Ende, der verbrecherisch unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß wieder aufgenommen und zum Erfolg geführt werden. Dazu ist es vor allem nötig, daß die Arbeiterschaft ihre starke Waffe, den Generalstreik niederlegt. In zahlreichen Städten ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Nun gilt es, alle Teile der Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, zu allererst die Kohleförderung, ohne die es überhaupt kein Wirtschaftsleben gibt. Arbeiter, seid ihr ebenso tatkräftig und willfährig zur Stelle, wie bei der Abwehr der Volksverführer! Jedermann an die Arbeit! Die Regierung wird mit aller Kraft die Aufnahme des Wiederaufbaus fördern, die Hochverräter, die Euch zum Generalstreik gezwungen haben, der strengsten Bestrafung zuführen und dafür sorgen, daß nie wieder eine Soldateska in das Geschick des Volkes eingreifen kann. Den Sieg haben wir gemeinsam errungen! Auf Werk! Der Reichspräsident: Ebert. Die Reichsregierung: Bauer.

An das deutsche Volk!

BBZ. Berlin, 18. März. Der bewaffnete Aufstand ist zusammengebrochen. Der verfassungsmäßige Zustand ist wiederhergestellt. Bedingungslos hat Herr Kapp das von ihm angemaßte Amt des Reichskanzlers aufgegeben. Die Reichsregierung ist in vollem Besitz ihrer vom Volk bestimmten Rechte. Die Führung der Truppen ist dem General von Seckt übertragen worden. Einmütige und unerschütterliche Entschlossenheit des deutschen Volkes haben vermocht, die ungeheure Schädigung des politischen und des Wirtschaftslebens in wenigen Tagen wieder auszugleichen. Alle Schichten der Bevölkerung, die in der Verteidigung der Demokratie treu zusammenstanden u. dadurch die rasche Wiederkehr des verfassungsmäßigen Zustandes ermöglicht haben, spricht die Reichsregierung ihren Dank aus. Der dem deutschen Volk außen wie innen zugefügte Schaden ist unabsehbar. Das Wirtschaftsleben ist neu schwer erschüttert. Um seinen vollkommenen Zusammenbruch und damit den der Volksgemeinschaft zu verhüten, ruft die vom Volkswillen geschaffene und getragene Reichsregierung das gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der Stellvertreter des Reichskanzlers. (Bez.): Schiffer.

Der Zusammenbruch der Militärdiktatur.

BBZ. Berlin, 17. März. (Amtlich.) Mit dem heutigen Tag ist die Militärdiktatur, die eine kleine Schar in Berlin anführte, versagt hat, zusammengebrochen. Kapp und General Böttich sind von ihren angemaßten Ämtern zurückgetreten. Den Oberbefehl über die in Berlin stationierten Truppen hat auf Anordnung der Reichsregierung General v. Seckt übernommen. Die Sicherheit der Reichshauptstadt übernahmen die der Regierung treugebliebenen Bestände der Sicherheitswehr und die bereits früher in Berlin einquartierte Reichswehr. Der alte General v. Böttich übernahm die Truppen, welche sich nicht an der Wiederaufnahme der Arbeit beteiligten. Alle Zeitungsbelegungen, Telefonzentralen und die sonstigen von der Militärdiktatur angeordneten Maßnahmen werden sofort aufgehoben. An der einmütigen entschlossenen Abwehr von Arbeiterschaft und Bürgertum ist die Militärdiktatur gescheitert und das Volk wird die neuerkämpfte Freiheit für alle Zeit zu wahren wissen. Berlin, 17. März 1920. Die preussische Staatsregierung: (Bez.) Hirsch.

Glindenburg zur Lage.

BBZ. Hannover, 17. März. Heute Vormittag übertrug Generalfeldmarschall v. Glindenburg, nach seiner Ansicht über die Lage befragt, einem Vertreter des Wolff'schen Bureaus gegenüber wie folgt: Zwei verschiedene Regierungen sind in einem geregelten Staatsverhältnis. Eine Einigung zwischen beiden ist für die Sicherheit des Vaterlandes unbedingt erforderlich. Die Truppe ist verpflichtet, die Ruhe und die Sicherheit aufrecht zu erhalten. Ich hoffe daher als alter Soldat fest, daß das Offizierskorps und die Mannschaften sich für die Erfüllung dieser ersten Pflicht, frei von allen Nebenbedenken und jedem Parteinteresse vertrauensvoll und gelassen sich hinter ihre Führer stellen. Einigkeit von Volk und Herr sind unerlässlich für unser Fortbestehen.







